



Die Produktion wurde eingestellt, die Maja-Lastwagen stehen still. Eine Kündigung haben die Beschäftigten des Möbelwerkes aber noch immer nicht erhalten.

Foto: Alexander Hartmann

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ALEXANDER HARTMANN

Kasendorf – „Es waren heiße Diskussionen“, schildert ein Maja-Mitarbeiter seine Eindrücke von der Betriebsversammlung, bei der auch Geschäftsführer Nicolas Kammerer zu Wort kam. Kammerer beklagte, so berichten Teilnehmer, dass die Verhandlungen mit dem Betriebsrat über einen Sozialplan und einen Interessenausgleich gescheitert sind, und dass nach der Ablehnung des Firmenangebots der Betriebsrat kein Gegenangebot unterbreitet habe. Dass das erste Arbeitgeberangebot alles andere als akzeptabel war, dass die Mitarbeiter ihrerseits auf ein neues, annehmbares Angebot warten, das hatte Arbeitsrechtler Marc-Oliver Schulze von den Nürnberger AfA-Rechtsanwälten schon vor zwei Wochen im Gespräch mit unserer Redaktion erklärt. „Nicht wir, sondern der Arbeitgeber muss sich da bewegen“, stellen nun Beschäftigte des Möbelherstellers fest, die immer noch keine Kündigung erhalten haben.

Um die 150 Mitarbeiter sollen es gewesen sein, die an der Versammlung teilgenommen haben. Viele davon langjährige Beschäftigte, die sich nicht ohne Sozialplan, nicht ohne eine angemessene Abfindung „abspeisen lassen“ wollen. Die meisten scheuen auch noch davor zurück, sich einen neuen Job zu suchen. Es sei die Frage, zu welchen Bedingungen man dann ausscheiden würde.

„Es wurde Druck aufgebaut“

Die Geschäftsführung hat (wie berichtet) die Verhandlungen mit dem Betriebsrat für gescheitert erklärt und die Einigungsstelle angerufen. „Dabei wurde nicht richtig verhandelt. Dem Betriebsrat wurde ein Angebot vor den Latz geknallt, das nicht akzeptabel war. Man hat versucht, Druck auszuüben, nach dem Motto: Entweder ihr nehmt das an oder der Topf wird noch kleiner“, sagt

Maja-Konflikt: Bundesrichter ist involviert

WIRTSCHAFT Bei einer Betriebsversammlung im Möbelwerk trafen die Geschäftsführung und die von der Schließung betroffenen Mitarbeiter aufeinander. Diese lehnen das Arbeitgeberangebot ab. Nach einem Gerichtsbeschluss wird jetzt die Einigungsstelle eingesetzt.

Arbeitsrechtlerin Eva Ratzesberger, die mit Marc-Oliver Schulze die Interessen der Belegschaft vertritt. Einen für den 20. September vereinbarten Termin habe die Geschäftsführung kurzfristig platzen lassen. „Was in Kasendorf passiert, ist unüblich. Normalerweise wird der Betriebsrat rechtzeitig informiert, wird versucht, auf Augenhöhe zu verhandeln. Das ist bei Maja leider nicht der Fall.“

Das Arbeitsgericht Bayreuth hat entschieden, dass die Einigungsstelle eingerichtet wird, und einen früheren Richter des Bundesarbeitsgerichts zum Vorsitzenden bestellt, wie Ratzesberger mitteilt. Die Schlichtungsstelle soll zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat vermitteln, um eine verbindliche Entscheidung herbeizuführen. Neben dem Vorsitzenden gehören ihr Beisitzer an, die jeweils vom Arbeitgeber und Betriebsrat bestellt werden. Nach Durchführung des Einigungsstellen-Verfahrens könnte Maja die Firma abwickeln und die Kündigungen

ausstellen, so Ratzesberger. Bis die Einigungsstelle tagt, wird aber wohl noch einige Zeit vergehen. Der Betriebsrat habe noch die Möglichkeit, gegen die Bayreuther Entscheidung Beschwerde einzulegen, über die dann das Landesarbeitsgericht Nürnberg befinden würde.

Das sagt die Geschäftsführung

Was der Geschäftsführer zur aktuellen Entwicklung sagt? Das Wichtigste für die Mitarbeiter sei, so schnell wie möglich Klarheit zu haben, so Nicolas Kammerer. Die Firma versuche, ihren Beitrag zu leisten, habe auch eine Jobmesse veranstaltet. Darüber hinaus sei eine schnelle Einigung hinsichtlich Sozialplan und Interessenausgleich wichtig. „Da uns nach nun mehr als zwei Monaten seit Bekanntgabe der Betriebsschließung keine konkrete Gegenforderung vom Betriebsrat vorliegt, sehen wir eine schnelle Lösung als gefährdet an und haben mit Blick auf die Zukunft der Mitarbeiter bei Gericht

„Dem Betriebsrat wurde ein Angebot vor den Latz geknallt.“



EVA RATZESBERGER
Arbeitsrechtlerin

die Einsetzung einer Einigungsstelle beantragt“, stellt Kammerer fest. „Im Sinne unserer Mitarbeiter begrüßen wir die Entscheidung des Gerichts, diese Einigungsstelle auch einzusetzen.“ Was die Abfindungen betrifft, verweist er darauf, dass „die Höhe eventueller Faktoren“ Bestandteil der hoffentlich bald startenden Gespräche in der Einigungsstelle sei. „Wir werden diesen Gesprächen nicht öffentlich vorgreifen.“ Das Unternehmen sei aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation geschlossen worden. „Demzufolge ist das zur Verfügung stehende Budget für Abfindungen begrenzt.“ Man vernehme mit Sorge, „dass der Betriebsrat und seine anwaltlichen Vertreter die Belegschaft offenbar aufrufen, sich nicht aktiv um eine neue Beschäftigung zu bemühen“, so Kammerer.

Für die Mitarbeiter geht es darum, mit einer akzeptablen Abfindung das Kapitel Maja abschließen zu können. Üblich sei es in Sozialplänen, zumindest ein Bruttomonatsgehalt pro Jahr der Beschäftigung zu zahlen – alles unter einem halben Bruttomonatsgehalt sei vollkommen inakzeptabel, so Eva Ratzesberger, die anführt: „Die Belegschaft wünscht sich deshalb, dass sich der Arbeitgeber noch erheblich bewegt.“